

- *Es gilt das gesprochene Wort!* -

**Einbringung des Haushaltsplans 2021 und der mittelfristigen Finanzplanung bis 2024,
Sitzung des Kreistags am Donnerstag, 08.10.2020,
16:00 Uhr, Filderhalle Leinfelden-Echterdingen**

Anrede,

1. Einleitung

Wir sind mit vielen Plänen, Vorhaben und Hoffnungen in dieses Jahr gestartet. Dann kam Corona, und vieles hat sich verändert. Seit dem Frühjahr hat die Corona-Pandemie uns alle fest im Griff. Sie umfasst viele Lebensbereiche, Wirtschaft, Kultur, Bildung, Soziales, den öffentlichen Nahverkehr und viele Teile der Daseinsvorsorge, insbesondere die Kliniken, ja unser gesamtes gesellschaftliches Zusammenleben.

In dieser Zeit einen Haushalt aufzustellen ist schwierig, weil Prognosen von heute auf morgen - wie die zurückliegenden Monate zeigen - obsolet sein können. Oder um es mit Manfred Rommel zu sagen: „Prognosen haben zwei Eigenschaften: Sie stimmen nie genau, aber sie stimmen immer mehr als gar keine Prognosen.“

Es war beeindruckend, wie die staatlichen Ebenen - Bund, Länder, Landkreise und Kommunen - zusammengestanden sind. Bund und Land haben uns in der Pandemie finanziell vorbildlich unterstützt. Mit Sofortmaßnahmen, Konjunktur- und Krisenbewältigungspaketen sind die Kommunal- und Kreisfinanzen stabilisiert worden. Der öffentliche Gesundheitsdienst wird gestärkt, der ÖPNV - zumindest für 2020 - finanziell abgesichert.

Private Haushalte und Unternehmen wurden entlastet bzw. mit Liquiditätshilfen gestützt. Deutschland ist ein starkes Land und hat Verantwortung in dieser Pandemie übernommen. Durch die Stabilisierung der Gewerbesteuerausfälle sowie der dauerhaften Entlastung bei den Kosten der Unterkunft sind wir in der Lage, die geplanten Investitionen fortzuführen und unseren Aufgaben der Daseinsvorsorge nachzukommen.

2. Ein starkes Zeichen des Zusammenhaltes setzen

Die eigentliche Bewährungsprobe steht uns aber in den kommenden zwei bis drei Jahren noch bevor, wenn klar ist, ob die Wirtschaft wieder Tritt fasst und wie sich die Steuereinnahmen entwickeln. Wichtig ist, dass wir im kommenden Jahr zusammenstehen. Deswegen lautet das Motto dieses Haushalts: **Wir meistern die Pandemie in gemeinsamer Verantwortung von Kreis und Kommunen!**

Zum ersten Mal in meiner langjährigen Amtszeit lege ich Ihnen einen Haushaltsentwurf und gleichzeitig ein erstes Änderungsverzeichnis vor. Zwischen dem Redaktionsschluss für den Haushaltsplanentwurf haben sich infolge der Sonder-Steuerschätzung vom September 2020 Änderungen ergeben. Ein Haushaltserlass des Landes, der uns vorgestern erreichte, verändert wichtige Parameter und gibt uns die Möglichkeit, unsere Kommunen weiter zu unterstützen und gleichzeitig die Kreisfinanzen zu stabilisieren.

- Der Hebesatz der Kreisumlage wird nicht wie ursprünglich geplant auf 32 % erhöht, sondern auf 30,8 vH. Reduziert. Dadurch sinkt der absolute Betrag der Kreisumlage um 5,4 Mio. € gegenüber dem laufenden Jahr.
- Die neue Steuerschätzung macht es möglich, dass wir den im Entwurf veranschlagten Kopfbetrag der Schlüsselzuweisungen von 671 auf 737 € erhöhen können und damit einen vollständigen Haushaltsausgleich erreichen. Wir hatten noch im Entwurf mit einem Rückgang der Wirtschaftskraft um 10 % gerechnet.
- Aus den erwirtschafteten liquiden Mitteln sind wir in der Lage, den dritten Bausparvertrag (8 Mio. €) für die Eigenfinanzierung unserer Investitionen des Verwaltungsneubaus in Esslingen einzuzahlen.

- Wir haben ausreichend Liquidität, um die Kreisumlage gegebenenfalls in 2022 zu stützen. Eventuell brauchen wir die Mittel auch bereits im kommenden Jahr zur Stabilisierung des Busverkehrs. Falls dies nicht so sein sollte, können wir unsere Eigenfinanzierung für unser umfangreiches Investitionsprogramm der nächsten Jahre im ÖPNV, bei den Schulen und Verwaltungsgebäuden sowie der Straßen stärken. Wir treffen also Vorsorge für die Zukunft.
- Die neue Steuerschätzung gibt uns die Möglichkeit, die Kreditaufnahme auf 30 Mio. € zu begrenzen. Damit sinkt auch der Schuldenstand zum Ende des Jahres 2021 um rd. 8,7 Mio. € und beläuft sich auf 204 Mio. €.

Mit dieser Vorgehensweise halten wir Wort. Wir stützen im Sinne einer fairen Finanzpartnerschaft unsere Kommunen, wenn sie es brauchen. Und sie brauchen es, weil zwar Bund und Land die Gewerbesteuer ausfälle ersetzen, aber einige unserer Kreiskommunen Einbrüche bei den Einkommensteueranteilen verkraften müssen. Wir können dieses Vorgehen gut vertreten, weil wir die Zinsbelastung für den Kreishaushalt deutlich gesenkt haben und weil mittlerweile die erwirtschafteten Abschreibungen in etwa gleich hoch sind wie die Tilgungen. Damit haben wir Spielraum für unsere Investitionen und für eine Unterstützung unserer Städten und Gemeinden.

Wir setzen darauf, dass wir in der Krise im Schulterschluss mit den Kommunen eine haushalts- und finanzpolitisch vertretbare Lösung finden können. Wir wünschen uns, dass es gelingt, unseren Vorschlag mehrheitsfähig zu machen, so dass ein starkes Zeichen des Zusammenhalts gesetzt wird.

3. Den öffentlichen Gesundheitsdienst stärken

Die wichtigste operative Einheit unseres Landratsamts ist während der Pandemie das Gesundheitsamt. Durch kurzfristige und erhebliche personelle Verstärkungen, vor allem aber durch einen bis heute anhaltenden herausragenden Teamgeist und eine vorbildliche Einsatzbereitschaft des gesamten Landratsamtes werden dort alle Aufgaben gestemmt. Auch die Ortspolizeibehörden in den Kommunen haben die Quarantäne- und Schutzmaßnahmen vorbildlich überwacht. Das öffentliche Handeln war dabei geprägt von Maß und Mitte.

Auch Bund und Land haben erkannt, dass der Öffentliche Gesundheitsdienst gestärkt werden muss. Der Landkreis wird personell und finanziell vom Land unterstützt. Zwischenzeitlich haben wir uns für den Fall steigender Infektionszahlen gewappnet. Die Beschlussfassungen zur personellen Ausstattung unseres Gesundheitsamtes hat der VFA in der vergangenen Woche getroffen.

Es ist uns vorausschauend gelungen, gemeinsam mit unseren Kommunen Strukturen zur Bewältigung der Corona-Pandemie aufzubauen. Auch hier gilt: Kreis, Städte und Gemeinden Hand in Hand! Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, den medizinischen Experten und auch unseren Kommunen für ihren Einsatz sehr herzlich.

4. Unsere sozialen Aufgaben - herausfordernd, aber leistbar

Vor ganz besonderen Herausforderungen steht der vom Landkreis verantwortete soziale Leistungsbereich. Uns wird derzeit schmerzlich vor Augen geführt, wie zerbrechlich unser Gemeinwesen sein kann. Die Schließung von Kitas und Schulen, von Werkstätten für Menschen mit Behinderung oder auch Besuchsregelungen in Pflegeeinrichtungen hatten zur Folge, dass viele Menschen ihr gewohntes Lebensumfeld nicht mehr aufrechterhalten konnten. Andere wiederum, die im Erwerbsleben stehen, sehen sich plötzlich vor existenzielle Probleme gestellt.

Seit dem Lock-Down ist die Zahl der Leistungsempfänger im Bereich HARTZ IV rapide angestiegen. Die Steigerungen waren im April und Mai je etwa 660 zusätzliche Hilfeempfänger. Insgesamt betrug der Anstieg seit Jahresbeginn rund 25 %. Betroffen sind insbesondere die Branchen Zeitarbeit, Handel, Gastgewerbe und Verkehr.

Zusätzlich verschärft sich die Lage in unserer Region aber auch durch den schon vor Corona eingeleiteten Strukturwandel im Fahrzeug- und Maschinenbau sowie der Zuliefererbetriebe. Nach den Prognosen der Bundesagentur für Arbeit sind im kommenden Jahr im Landkreis Esslingen durchschnittlich rund 16.100 Menschen pro Monat (2019: 12.000) auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen. Mit diesem Wert liegt unser Landkreis deutlich über dem Durchschnitt in Baden-Württemberg und dem der benachbarten Landkreise.

Nur durch die Erhöhung der Beteiligungsquote des Bundes an den Kosten der Unterkunft sind die Aufwendungen des Landkreises nicht in gleichem Maße gestiegen. Die Erhöhung der Bundesbeteiligung von 52 auf 75% stärkt die Finanzkraft der Landkreise dauerhaft. Entscheidend ist nun, dass die zugesagten Mittel nicht sofort wieder in der Kompensation von Kostensteigerungen an anderer Stelle aufgebraucht werden.

In der Jugendarbeit hat sich das jahrelange Ringen gelohnt. Im Rahmen des Esslinger Modells fördern wir seit diesem Jahr das Aufgabenfeld der kommunalen Kinder- und Jugendarbeit. In diesem und im kommenden Jahr weisen wir fast 11 neue Personalstellen aus. Zusammen mit der Förderung der offenen Kinder- und Jugendarbeit und dem Kreisjugendring stellt der Landkreis Haushaltsmittel in Höhe von 3,63 Millionen € zur Verfügung - so viel wie kein anderer Landkreis in Baden-Württemberg!

Auch unser junges Thema unter dem Hashtag „Förderung der Jugendbeteiligung und Interessenvertretung“ entwickelt sich sehr erfreulich. Ein Initiativkreis für eine kreisweite Jugendbeteiligung ist etabliert. Die jungen Menschen engagieren sich themenbezogen. Im Kreisjugendamt arbeiten wir derzeit unmittelbar am Thema Demokratiebildung. Dieses Handlungsfeld ist uns ein großes Anliegen, es zieht sich quer durch alle gesellschaftlichen Bereiche und Altersgruppen. Das Kreisjugendreferat ist inzwischen Teil des Beratungsnetzwerks „kompetent vor Ort - gegen Rechtsextremismus“ im Demokratiezentrum Baden-Württemberg. Mit Fachkräften der Kinder- und Jugendarbeit wird im Frühsommer ein Fachtag in Kooperation mit der Hochschule Esslingen durchgeführt. Damit unterstützen wir unsere Kommunen und die Kooperationspartner vor Ort, die als Multiplikatoren eine wichtige Rolle gemeinsam mit uns wahrnehmen, um Diskriminierung, Rassismus und Rechtsextremismus keine Chance zu geben. In der Herbstsitzung des Sozialausschusses werden wir über unsere Aktivitäten berichten.

Der individuelle Kinderschutz hat weiterhin höchste Priorität. Hier bestehen gute Standards zur frühzeitigen Erkennung von Gefährdungsrisiken und deren zielgerichteter Abwendung. Mit den freien Trägern der Jugendhilfe und den Fach- und Beratungsstellen bestehen langjährige, gewachsene und stetig weiterentwickelte Kooperationsstrukturen. Gleichwohl stocken wir im kommenden Jahr entsprechend einer Organisationsuntersuchung das Personal schrittweise weiter auf. Wir nehmen unsere gesteigerte Verantwortung im Kinderschutz aktiv wahr!

Unsere Sozialpolitik ist Daseinsvorsorge, organisiert den Nachteilsausgleich in besonderen Lebenslagen und sichert die Existenzgrundlagen für Menschen, die sich noch nicht oder nicht mehr selbst helfen können. Unsere soziale Arbeit im kommunalen Raum hilft mit präventiven Angeboten, soziale Schieflagen zu verhindern.

5. ÖPNV - Herausforderung und zentrales Anliegen der Kreispolitik

Ein attraktiver öffentlicher Nahverkehr ist und bleibt eine große Herausforderung und ein zentrales Anliegen unserer Politik. Die Zukunftsfähigkeit unseres Landkreises hängt mehr denn je davon ab. Bis zum Jahresbeginn waren wir - nicht zuletzt auch durch die Tarifzonenreform - auf einem sehr guten Weg.

Seit Corona sorgen wir uns um den ÖPNV. Die Fahrgastzahlen im VVS sind auf unter 20 % des Niveaus vor der Pandemie gefallen, und der Rückgang der Fahrgeldeinnahmen belief sich im April 2020 auf rund 42 %.

Viele unserer mittelständischen Verkehrsunternehmen stehen wegen fehlender Einnahmen mit dem Rücken zur Wand. Mit Hilfe von Bund und Land konnten wir die Einnahmeausfälle bei den Busunternehmen zu einem großen Teil kompensieren. Wie wird es aber im nächsten Jahr? Uns fehlen verlässliche Hochrechnungen. Deswegen haben wir einen Einnahmerückgang von rund 20 % in den Haushaltsplanentwurf eingearbeitet. Wir veranschlagen im kommenden Jahr rund 41 Millionen € netto dafür, dass Busse und Bahnen im Landkreis fahren.

Um den Nahverkehr attraktiv zu halten, sind Investitionen in die Infrastruktur und den Ausbau der Kapazitäten notwendig. Im nächsten Haushaltsjahr werden hierfür 4 Mio. € für die Verlängerung der Stadtbahnlinie U6, die Verlängerung der S2 nach Neuhausen und in die Fortführung der Stadtbahnlinie U5 veranschlagt. Der Investitionskostenanteil des Landkreises für diese Projekte beläuft sich auf insgesamt rund 24 Mio. €.

All diese Projekte sind trotz der Verzögerungen und der Kostensteigerungen notwendig und wichtig, sowohl für die weitere Entwicklung des ÖPNV als auch für eventuelle Verknüpfungen des

Filderraums ins Neckartal. Das gilt im Übrigen auch für die Umsetzung der S21-Maßnahmen auf den Fildern, auf denen die Wirtschaftlichkeit unserer Projekte basiert.

Die gigantischen Investitionssummen und die langen Realisierungszeiten machen es notwendig, dass sich das Land an den Baukostensteigerungen beteiligt, so wie es der Bund tut. Es kann nicht sein, dass sich das Land bei Preissteigerungen aus der Mitfinanzierung verabschiedet und diese den kommunalen Finanzierern aufbürdet. Außerdem ist es angesichts der aktuellen Diskussionen um die Luftreinhaltung ein Gebot der Stunde, dass sich Bund und Land finanziell dauerhaft in die Verbesserung der Verkehrssysteme einbringen.

Im kommenden Jahr schreiben wir unseren Nahverkehrsplan fort und legen den Rahmen für die Weiterentwicklung der Busverkehre und für die nächste Vergaberunde unserer Linienbündel fest. Es geht unter anderem darum, die E-Mobilität mit dem ÖPNV zu verknüpfen, Sozialstandards zu definieren und ökologische Belange zu berücksichtigen.

Bei der Fortschreibung des Nahverkehrsplans setzen wir auf ein gemeinsames, konstruktives Zusammenwirken mit unseren Kommunen. Ich bin zuversichtlich, dass gerade in den Gemeinderäten eine gute Abwägung zwischen Wünschenswertem und Machbarem getroffen wird, damit wir den ÖPNV zukunftsfähig und finanzierbar gestalten können.

6. Klimaschutzkonzept - konsequent umsetzen

Nicht nur im Verkehrsbereich leisten wir unseren Beitrag zum Klima- und Umweltschutz. Im vergangenen Jahr haben wir ein gutes und wie ich finde tragfähiges Klimaschutzkonzept gemeinsam mit 26 Städten und Gemeinden erarbeitet. Es befindet sich mittlerweile in der Umsetzungsphase. Damit haben wir eine wichtige Grundlage zur Senkung der Treibhausgas-Emissionen in vielen Bereichen geschaffen, zum Beispiel im Energiemanagement der kommunalen Gebäude, bei der Siedlungs- und Stadtentwicklung und bei der Gebäudesanierung.

Die Klimaschutzmanagerin ist eingestellt. Bei der Neuausrichtung der bestehenden Energieagentur in eine Klimaschutzagentur des Landkreises mit deutlich erweitertem Aufgabenspektrum sind wir in den Abstimmungsgesprächen mit den Städten und Gemeinden. Ich bin zuversichtlich, dass es uns gelingt, mit möglichst vielen Kommunen spätestens im kommenden Frühjahr zu starten.

Klimaschutz ist und bleibt eine zentrale Herausforderung. Wir sollten auf der Basis des Konzepts und der darin vereinbarten Ziele jetzt loslegen.

7. Strukturwandel und Transformationsprozess flankieren

Unsere Region steht vor großen Herausforderungen. Mit ihrer einzigartigen Erfolgsgeschichte hat die Automobilindustrie über viele Jahrzehnte hinweg den Wohlstand gesichert. Die Schlagworte, die die politische Agenda derzeit bestimmen, lauten: Klimaschutz und Umweltschutz, Dekarbonisierung, neue Antriebstechnologien, nachhaltige und vernetzte Mobilitätslösungen. Der Strukturwandel hat enorme Auswirkungen auf den hiesigen Wirtschaftsstandort. Der Landkreis hat sich deswegen auf den Weg gemacht, diesen Wandel aktiv zu gestalten. Es geht nicht um Schadensbegrenzung für den Wirtschaftsstandort. Im Gegenteil: Wir wollen den Wandel als Chance begreifen. Eine aktive Standortpolitik ist das Ziel.

Seit 2017 stellen wir uns den Herausforderungen der Zukunft mit dem „Zukunftsdialog Landkreis Esslingen“. Mit Expertinnen und Experten aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik haben wir Handlungsfelder in den Bereichen Infrastruktur, Fachkräftesicherung und Digitalisierung identifiziert.

Mit unserem kreisweiten Elektromobilitätskonzept, das im Herbst dieses Jahres abgeschlossen wird, setzen wir bereits eine Maßnahme aus dem Zukunftsdialog um.

Vor wenigen Tagen haben wir den ersten emissionsfreien Lkw im Fuhrpark unseres Straßenbauamts bei einem Hersteller aus der Region erworben. Das ist nicht nur ein Beitrag zum Klimaschutz, sondern auch dafür, dass ein nennenswerter Teil der Wertschöpfungskette der neuen Antriebstechnologien in der Region verbleibt. Dies ist für mich ein gutes Beispiel für die Innovationskraft, die uns helfen wird, den Strukturwandel erfolgreich zu gestalten.

Der batterieelektrische Antrieb ist nicht das Ende der Geschichte. Welcher Antrieb sich am Ende auf dem Weltmarkt durchsetzen wird, können wir nicht vorhersagen. Es wird jedoch vermutlich kein „entweder – oder“, sondern vielmehr ein „sowohl - als - auch“ werden. Beim Auto könnten wir vor einer batterieelektrischen Zukunft stehen. Beim Lastwagen könnten die Vorteile der Brennstoffzelle zum Tragen kommen. Und synthetische Kraftstoffe könnten eine sinnvolle Ergänzung sein.

Wichtig ist für mich, dass wir nicht dogmatisch, sondern pragmatisch vorgehen und offen sind für neue und insbesondere nachhaltige Technologien. Die Kreisverwaltung arbeitet deshalb auch an einem innovativen Projekt im Bereich der Brennstoffzellentechnologie, das wir mit mittelständischen Unternehmen und in enger Zusammenarbeit mit der Hochschule Esslingen umsetzen wollen. Vom Bundesverkehrsministerium ausgezeichnet als Gewinnerregion im Rahmen des sogenannten HY-Performer-Förderprogramms, führen wir derzeit vielversprechende Gespräche mit unseren Projektpartnern, die wir hoffentlich bald zum Abschluss bringen und damit einen weiteren Schritt hin zur emissionsfreien Straßenmeisterei gehen können.

8. Bildungschancen eröffnen

Eine der wichtigsten Aufgaben des Landkreises ist es, mit seinen beruflichen Schulen und sonderpädagogischen Bildungseinrichtungen jungen Menschen Chancen zu eröffnen. Bei der Umstellung auf Homeschooling mit Lernmanagement- und Videokonferenz-Systemen hat sich bezahlt gemacht, dass wir früh damit begonnen haben, die digitale Infrastruktur unserer Schulen zukunftsfähig aufzustellen. Zudem haben wir die Zeit des Leerstands an den Schulen dafür genutzt, den WLAN-Ausbau flächendeckend voranzubringen. Unser Ziel muss es sein, dass Kinder und Jugendliche möglichst wieder im vollen Präsenzunterricht beschult werden und gleichzeitig die digitale Ausstattung weiter ausgebaut wird.

Auch mit den vielfältigen Angeboten unseres Kreismedienzentrums im Bereich der medienpädagogischen Beratung, der Nutzung digitaler Lernangebote sowie der technischen Beratung sind wir auf dem richtigen Weg. Diese Angebote des Kreismedienzentrums wollen wir konsequent weiter stärken, wo nötig ausbauen, und den Veränderungen anpassen.

Durch das Sofortausstattungsprogramm des Bundes haben wir für die Beschaffung mobiler Endgeräte zusätzlich rund 1,14 Mio. € erhalten. Die Endgeräte werden an bedürftige Schülerinnen und Schüler verliehen.

Noch in diesem Jahr werden wir die zweite Fortschreibung unseres Medienentwicklungsplans zur Beratung einbringen. Damit stellen wir unsere Schulen zukunftsfähig auf. Die Umsetzung ist mit einem Finanzbedarf in den nächsten fünf Jahren von zusammen rund 13,4 Mio. € verbunden. Aus dem Digitalpakt erwarten wir Einnahmen in Höhe von rund 5,5 Mio. €.

Die Einführung des neuen Konzepts für den IT-Support der kreiseigenen Schulen ist in Vorbereitung. Wir handeln als Landkreis selbst, weil wir nicht auf die Lösungen des Landes warten können. Ich sage aber ganz unmissverständlich: Das Land

muss sich beim Support beteiligen, dies ist in erster Linie eine pädagogische Aufgabe und ganz gewiss keine alleinige Schulträgeraufgabe.

Der zeitweise Unterrichts- und Betreuungsausfall an unseren Sonderschulen war für die Familien sehr belastend. Man kann als Land in der Pandemie nicht den Stundenplan kürzen und die Schulträger mit der Betreuung der Kinder alleine lassen. Alleine gelassen werden wir auch bei der von uns als Freiwilligkeitsleistung ausgebauten Nachmittagsbetreuung. Als integraler Bestandteil des schulischen Angebots ist diese auch vom Land zu finanzieren.

Es gibt Positives zu berichten: Die Generalsanierung des Rohräckerschulzentrums kommt nach rund zehn Jahren Bauzeit zum Abschluss. Der Schulbetrieb kann im komplett sanierten Gebäude voraussichtlich mit Beginn des Schuljahres 2021/22 starten. Die Gesamtkosten der Generalsanierung sind im Haushaltsplan unverändert mit 55,8 Mio. € veranschlagt.

Die Sanierung, der Umbau und die Erweiterung der Bodelschwingschule mit dem Neubau eines Schulkindergartens in Nürtingen ist beschlossene Sache. Dafür sind ein Investitionsvolumen von rund 21,1 Mio. € und weitere 2,3 Mio. € für die Ausstattung vorgesehen. Der Umzug der Schule an den Interimsstandort bei der Philipp-Matthäus-Hahn-Schule in Nürtingen ist für das erste Quartal 2021 geplant. Dann können wir mit den Bauarbeiten beginnen.

9. Verwaltungsneubauten - notwendig und finanzierbar

Die Unterbringung unserer Verwaltung wird seit mehr als acht Jahren in den Kreisgremien diskutiert und seit 2016 planvoll und sorgfältig, unter Beachtung von Wirtschaftlichkeitskriterien, vorangetrieben. Ziel ist es, ein Verwaltungsgebäude der Zukunft am Standort Pulverwiesen zu schaffen.

Die Frage, Sanierung und Erweiterung oder Abriss und Neubau, wurde 2016 und nochmals 2018 untersucht. Der Kreistag hat dann die Entscheidung getroffen, auf eine Neubaulösung zu setzen.

Zur Realisierung des Verwaltungsneubaus war es erforderlich, für die Interimszeit Büroräume zu akquirieren. Auf einem engen Gewerbeimmobilienmarkt gelang es uns, für einen Großteil der Mitarbeitenden Interimsquartiere zu marktverträglichen Preisen in Esslingen anzumieten. Für den restlichen Teil haben wir uns dann aus wirtschaftlichen Gründen entschieden, diese künftig dauerhaft in einem Neubau in Plochingen unterzubringen.

Die Bürokonzepption für den Verwaltungsneubau berücksichtigt die verschiedenen Anforderungen an die Arbeitsplätze der Zukunft wie mobiles Arbeiten, Home-Office, variabel nutzbare Arbeitsplätze sowie öffentliche und nicht öffentliche Arbeitsbereiche. In den neuen Bürowelten geht es nicht nur um die reinen Quadratmeterzahlen, sondern um die Flächen an sich. Sind sie flexibel, nachhaltig, digital ausgestattet genug, um den künftigen Anforderungen eines modernen Arbeitens zu genügen? Dieser Frage sind wir auch vor dem Hintergrund unserer Erfahrungen mit der Corona-Pandemie nachgegangen.

Mit dem geplanten Bürokonzeppt sind wir auf dem richtigen Weg. Es bietet eine sehr hohe Flexibilität, um auf die zukünftigen Entwicklungen reagieren zu können. Die Digitalisierung wird nicht zwangsläufig zu Flächeneinsparungen führen. Viel wahrscheinlicher ist es, dass sich die Nutzung der Büroflächen verändert: Es gibt einen steigenden Bedarf an Rückzugs-, Besprechungs-

und Projekträumen. Da diese Konzeption nur in einem Neubau optimal umgesetzt werden kann, ist dies ein klarer Pluspunkt für den Neubau.

Zweifellos ist dieses Projekt eine finanzielle Herausforderung für den Landkreis. Deshalb haben wir bereits im Frühjahr vergangenen Jahres den Mitgliedern des VFA unsere Finanzierungsstrategie vorgestellt. Sie besteht im Wesentlichen aus den Bausteinen: Bauspardarlehen und Eigenfinanzierung mit Bausparguthaben, KfW-Darlehen und Kreditmarktdarlehen. Insgesamt haben wir 3 Bausparverträge über jeweils 20 Mio. € Euro abgeschlossen. 2 Bausparverträge sind bereits mit 16 Mio. € angespart. Der dritte Vertrag soll in 2021 angespart werden. Wir befinden uns weiterhin in einer Niedrigzinsphase, deren Ende nicht absehbar ist. In unserem Kreditportfolio gibt es keine Zinsrisiken in der Zukunft. Aus heutiger Sicht belastet die Finanzierung den Kreishaushalt mit rd. 3,1 Mio. € Euro jährlich. Dieser Betrag ist in einem 650 Millionenhaushalt darstellbar. Lassen Sie uns deshalb den Neubau anpacken, er lässt sich solide finanzieren, – wenn nicht jetzt, wann dann!

10. medius KLINIKEN - Eckpfeiler in der Corona-Pandemie

In der Corona-Pandemie haben sich die medius KLINIKEN als Eckpfeiler und Stabilitätsfaktor erwiesen. Etwa 230 bestätigte COVID-19-Patienten und mehr als 1.200 Verdachtsfälle sind im Rahmen der ersten Pandemiewelle in unseren Landkreiskliniken stationär versorgt worden. Unsere Klinikteams haben diese schwere Zeit mit einem beeindruckenden Engagement und maximaler Solidarität gemeistert - Herzlichen Dank dafür allen Mitarbeitenden, vom Arzt über die Pflegekraft bis hin zur Reinigungskraft -, alle haben an einem Strang gezogen.

Wir belassen es nicht nur beim verbalen Dank, sondern wir haben mittlerweile im Aufsichtsrat einstimmig beschlossen, eine steuerfreie Corona-Sondervergütung in Höhe von bis zu 1.500 € als Freiwilligkeitsleistung nach einem mit dem Betriebsrat geeinigten Konzept für alle Berufsgruppen auszuschütten. Wir tun dies aus Überzeugung! Wir halten es für unerträglich, dass im Bund Versprechungen gemacht wurden, die nicht eingehalten werden. Glaubwürdige, Vertrauen schaffende Politik heißt für mich: Sagen was man tut und dann tun, was man sagt.

Die baulichen Herausforderungen an unseren Kliniken gehen weiter. Im ersten Quartal 2021 steht der Baubeginn für den ersten Bauabschnitt der Klinik in Ruit an. In Nürtingen werden bereits Ende dieses Jahres zwei neue OP-Säle in Betrieb gehen, denen dann das neue Bettenhaus und die Aufbereitungseinheit für Medizinprodukte folgen. Mit diesen Baumaßnahmen werden die Voraussetzungen geschaffen, um unsere steigenden Patientenzahlen weiterhin medizinisch auf hohem Niveau versorgen zu können.

Es hat sich ausgezahlt, dass wir unsere Kliniken in den vergangenen Jahren leistungsfähig aufgestellt haben.

11. Zum guten Schluss...

... darf ich anmerken, dass es uns in diesem Jahr kaum möglich war, verlässliche Zahlen und Daten für die Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs zu generieren. In Folge der Corona-Pandemie haben sich die Rahmenbedingungen Monat für Monat, Woche für Woche, ja mitunter Tag für Tag geändert.

Wir präsentieren Ihnen nun einen Haushaltsplan, der weit über den Erwartungen liegt, von denen wir im Frühjahr und auch noch im Sommer ausgegangen sind. Das ist in erster Linie auf das konsequente Handeln unserer staatlichen Ebenen in der Corona-Krise zurückzuführen. Es wurde ein Maßnahmenpaket von historischem Ausmaß geschnürt, um die Gesundheit der Bürger zu schützen, Arbeitsplätze zu erhalten, Unternehmen zu stützen und den sozialen Zusammenhalt zu bewahren. Bund und Land gehen Seite an Seite mit uns durch diese Krise.

Wir alle wissen, was Helmut Schmidt schon wusste: „In der Krise beweist sich der Charakter.“ Wir stehen in dieser Krise fest an der Seite der Kommunen, wir meistern diese Pandemie in gemeinsamer Verantwortung!

Ich danke meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung für den großen Einsatz in diesem Jahr, vor allem aber den Mitarbeitenden in der Kämmerei unter der Leitung von Frau Dostal und Frau Hauschild für die Aufstellung dieses komplexen Planwerks. Frau Dostal und ich stehen Ihnen auf Wunsch für Ihre Beratungen in den Fraktionen zur Verfügung.

Nun freue ich mich auf eine konstruktive Diskussion und auf Lösungen, die im demokratischen Diskurs gefunden werden.